Wittgensteiner Zeitung

Erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, und kostet monatlich 2 Mark. Girokonto: Kreis-Sparkasse Laasphe Nr. 89 Marburger Bank e.G.m.b.H., Niederl. Laasphe

Tageszeitung für den Kreis Wittgenstein

Mit der wöchentlichen Beilage „Illustriertes Unterhaltungsblatt"

Schriftleitung, Druck und Verlag von Ernst Schmidt in Laasphe.

Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungsverleger e. V.

Anzeigen: 1 mm hoch, 27 mm breit 10 Pfg. Familien- und Kleine Anzeigen .... 6 Pfg. Reklamen: 1 mm hoch, 90 mm breit 50 Pfg. :-: Postscheckkonto Nr. 404 49 Amt Köln :-:

Nummer 204 Fernsprecher Nr. 1 **Laasphe, Mittwoch den 2. September 1931** **56. Jahrgang**

Wie gespart werden soll.

Sparen und wieder sparen, lautet jetzt die Losung in Reich, Staat und Gemeinde, nachdem man Jahre hindurch allzu sorglos darauf losgewirtschaftet hatte. Jetzt hat der Reichsfinanzminister den Länderregierungen Richtlinien übersandt zu der Notverordnung über die Sicherung der Haushalte. Erst diese Richtlinien lassen erkennen, an welch' einschneidende Maßnahmen die Reichsregierung denkt.

Die Richtlinien gehen davon aus, daß die Haushalte der Länder und Gemeinden unbedingt ausgeglichen werden müssen. Da die Rechtslage in den einzelnen Ländern verschieden sei, müsse sich das Reich auf allgemeine Richtlinien beschränken. Auslands- und Inlandsanleihen für Zwecke der öffentlichen Verwaltung ständen in absehbarer Zeit nicht zur Verfügung. Da die Fürsorgelasten im Winter steigen würden, müsse dringend Vorsorge für einen unbedingten Etatausgleich getroffen werden. Dieser Ausgleich könne in der Hauptsache nur durch Abstriche auf der Ausgabenseite erfolgen. Mit dem Einsetzen einer Sparaktion größten Ausmaßes müsse daher sofort begonnen werden. Die Verordnungen der Länderregierungen, die auf Grund der Notverordnung des Reichspräsidenten erlassen würden, unterlägen nicht den Vorschriften der Landesverfassungen. Im Verordnungswege könne von dem bestehenden Landesrecht einschließlich des Landesverfassungsrechts abgewichen oder bestehendes Landesrecht aufgehoben werden.

Auf der Seite der Gemeinden hätten die Landesregierungen nunmehr die Möglichkeit, im Wege der Uebertragung eigener Befugnisse die Gemeindevorsteher zu selbständigen Sparmaßnahmen zu ermächtigen und Bestrebungen, die der Notwendigkeit, Ersparnisse zu machen, entgegenstehen, auszuschalten. In Tarifverträge, die der Natur der Sache nach nur auf kürzere Zeit geschlossen seien, dürfe nicht eingegriffen werden. Dem Haushaltsausgleich dienten Vertragsänderungen auch dann, wenn sie dem betreffenden Haushalt nur mittelbar zugute kämen. Wenn also Theaterbetriebe, in Gesellschaftsform betriebene Wirtschaftsunternehmungen kommunale Zuschüsse erforderten, dürften auch Personalverträge dieser Betriebe geändert werden, um die Zuschüsse zu verringern oder die Gewinne zu erhöhen.

Was die Sparvorschläge im einzelnen betreffe, so gebe das Finanz- und Wirtschaftsprogramm des Deutschen Städtetages eine Reihe beachtlicher Hinweise. Soweit Gemeindebeamten-Gehälter höher seien, als vergleichbare Gehälter des Reiches und der Länder, so könnten im Wege der Verordnung oder der Aufsicht diese Bezüge den übrigen Gehältern angeglichen werden. Im übrigen kämen als Verwaltungsmaßnahmen insbesondere in Betracht: Einstellungssperre, Beförderungssperre, Stellenwechsel, Entlassungen und Kündigungen von Angestellten und Arbeitern, Verwendung von entbehrlichen Beamten- und anderen Stellen. Der weiteren werde entsprechend den Vorschlägen des Städtetages geprüft werden müssen, inwieweit der Behördenapparat mit Rücksicht auf die zukünftige Finanzlage noch aufrecht erhalten werden könne. Durch Wegfallvermerke bei Beamtenstellen, durch Umwandlungsvermerke bei Beförderungsstellen und nötigenfalls durch Entlassungen von Angestellten und Arbeitern würden Abstriche bei den Personalkosten zu erzielen sein. Erwägenswert sei auch, die Urlaubsbestimmungen zu revidieren und die Mittel für Notstandsbeihilfen, Unterstützungen usw. wesentlich zu kürzen, Dienstreisen müssen eingeschränkt werden.

Die öffentlichen Mittel für Wohnungsbau und andere Bauaufgaben müßten eingeschränkt werden. Die Vorschläge des Städtetages für eine Einschränkung der Schullasten müßten von den Länderregierungen eingehend geprüft werden. Die Richtlinien des Reichsfinanzministers werfen die Frage auf, ob nicht durch eine Erhöhung der Klassenfrequenz und der Pflichtstundenzahl und durch eine stärkere Begabtenauslese Einsparungen erzielt werden könnten.

Auf dem Gebiete der Justiz müßten unter Umständen die Kosten der Rechtspflege durch eine Justizreform herabgesetzt werden. Auf dem Gebiete der Wohlfahrtspflege müssen vertretbare Einschränkungen vorgenommen werden. Auch hier wird auf die Richtlinien des Städtetages verwiesen.

Aus dem Fälligwerden von kurzfristigen Schulden von Ländern und Gemeinden drohe eine besondere Gefahr für die öffentlichen Haushalte. Die Reichsregierung sei bereit, für die Gemeinden durch eine Umschuldungsaktion, deren Ausmaß und Verfahren noch vorbehalten bleiben müsse, helfend einzugreifen. Länder und Gemeinden würden sich bis dahin rechtzeitig mit ihren Gläubigern über die Verlängerung der Kredite zu einigen haben.

Die Reichsregierung würde Ländern und Gemeinden nur in den Fällen einer Umschuldungsaktion oder eines Sonderzuschusses zu den Kosten der Wohlfahrtserwerbslosenfürsorge eine finanzielle Hilfe leisten. Auch auf dem Gebiete der Wohlfahrtslasten könne nur dort unterstützend eingegriffen werden, wo sowohl im Lande, als auch in der betreffenden Gemeinde alles zum Etatausgleich Erforderliche getan worden sei.

Die Notverordnung ist an sich unbefristet. Es wird aber bei den zuständigen Stellen daran gedacht, eine Lockerung eintreten zu lassen, sobald sie finanziell vertretbar sein wird. Was die Angleichung der Gehälter anlangt, so ist in den Richtlinien auf jene Beamtengruppen besonders verwiesen worden, die seinerzeit eine unverhältnismäßige Höherbewertung erfahren haben.

Die Reichsregierung wird nach der Fertigstellung des Wirtschaftsprogramms Mitteilungen über die von ihr selbst durchgeführten Sparmaßnahmen machen. Der Reichsfinanzminister wird mit dem Reichsjustizimnisterium Verbindung aufnehmen, um die Frage der Reichsjustizreform im Wege der Notverordnung zu prüfen. Endlich wird noch zwischen dem Reichsarbeitsministerium über das Problem der Arbeitslosenversicherung verhandelt.

Aus Genf

Wer wird Vorsitzender der Abrüstungskonferenz?

Paris, 1. Sept.

Der Genfer Korrespondent des „Petit Parisien" verzeichnet ein Gerücht, wonach man die Frage des Vorsitzes der Abrüstungskonferenz, für den ursprünglich der englische Außenminister Henderson vorgesehen war einstweilen auf sich beruhen lassen werde. Man könne es der Abrüstungskonferenz selbst überlassen, nach ihrem Zusammentritt ihren Vorsitzenden zu wählen.

*

Um die Finanzhilfe Oesterreichs.

Genf, 1. Sept.

Der ehemalige österreichische Bundesminister für Finanzen, Dr. Juch, trifft am Mittwoch hier in Genf ein, um als Mitglied der österreichischen Delegation und Sachverständiger für Finanzfragen an den Verhandlungen über den Antrag teilzunehmen, den die österreichische Regierung in der Frage einer Finanzhilfsaktion durch Vermittlung des Völkerbundes an den Völkerbundsrat gerichtet hat.

Es handelt sich hier einmal um die Konsolidierung der von England seinerzeit gewährten kurzfristigen Vorschüsse in Höhe von 4 Millionen Pfund und die Begebung der zweiten Tranche der Investierungsanleihe. In beiden Fällen erhofft sich die österreichische Regierung von einem Gutachten des Völkerbundes eine günstige Wirkung auf die Kreditwilligkeit des internationalen Kapitalmarktes, die augenblicklich nicht vorhanden ist. Der Völkerbundsrat wird das österreichische Gesuch, zu dessen vorläufiger Behandlung bekanntlich zwei Mitglieder des Völkerbundssekretariats vor einiger Zeit in Wien gewesen sind, dem Finanzkomitee überweisen, das sich noch in dieser Woche materiell mit der Frage befassen dürfte.

Die neue Stellung zur Zollunion.

Kein grundsätzlicher Verzicht, aber Unterordnung.

Genf, 2. September.

Ueber die Erklärungen, die der deutsche und der österreichische Außenminister im Rat bei der Beratung über die Zollunion abgeben werden, ist im großen bereits eine Uebereinstimmung erzielt worden, obwohl die Verhandlungen auch am Mittwoch noch fortgesetzt werden. Die beiden Abordnungen stehen in Fühlung mit ihren Regierungen in Berlin und Wien. Es ist in Aussicht genommen, daß schon in der am 3. September stattfindenden Tagung des Europaausschusses von Curtius und von Schober eine Erklärung abgegeben wird, so daß damit bereits vor der offiziellen Verhandlung im Rat die Stellungnahme der beiden Regierungen bekannt sein wird.

In den sorgfältig vorbereiteten Erklärungen wird jeder Hinweis vermieden werden, der als ein grundsätzlicher Verzicht auf den Gedanken einer Zollunion zwischen Deutschland und Oesterreich ausgelegt werden könnte. Dagegen kann erwartet werden, daß in den Erklärungen übereinstimmend zum Ausdruck kommen wird, daß im Hinblick auf die seit der Maitagung eingetretenen Veränderungen in der gesamteuropäischen Lage und die im wirtschaftlichen Rahmen des Europaausschusses eingeleiteten Bemühungen, zu einem allgemeinen Wirtschaftsplan und einer allgemeinen europäischen Zollangleichung zu gelangen, der vorliegende Plan einer Zollunion diesen Versuchen untergeordnet und eingegliedert werden soll

Das Ideal: Europäische Zollunion.

Der deutsche Standpunkt zum Sachverständigenbericht.

Genf, 2. September.

Ministerialdirektor Dr. Posse hat in der Nachmittagssitzung des Koordinationsausschusses eine grundsätzliche Erklärung zu dem Bericht der wirtschaftlichen Sachverständigen des Europaausschusses abgegeben, in dem die

daß das oberste Ziel aller Bemühungen der Regierungen nur in einer gesamteuropäischen Zollunion bestehen könnte.

Der Vertreter der schweizer Regierung wies jedoch darauf hin, daß ein derartiger Plan vorläufig kaum durchführbar sei, und außerdem auf starken Widerstand bei den außereuropäischen Staaten stoßen werde.

Ministerialdirektor Posse betonte demgegenüber die entscheidende Bedeutung eines einheitlichen europäischen Marktes als ein bedeutsames Mittel zur Ueberwindung der gegenwärtigen Schwierigkeiten. Der Bericht der wirtschaftlichen Sachverständigen stelle den Gedanken einer gesamteuropäischen Zollunion als ein kaum erreichbares Ziel hin. Unter den gegenwärtigen Umständen sei daher eine enge wirtschaftliche Annäherung zwischen den europäischen Regierungen als Vorbereitung des Zieles unbedingt erforderlich.

Notlage der kleinen Städte.

Stellungnahme des Reichsstädtebundes.

Berlin, 1. September.

Der Gesamtvorstand des Reichsstädtebundes — Organisation der kleinen und mittleren Städte — hat nach eingehender Beratung zu den Richtlinien des Reichsfinanzministers über Haushaltsausgleich Stellung genommen. Ueber das Ergebnis der Beratung wird vom Reichsstädtebund u. a, mitgeteilt: Die große Zahl der mittleren und kleinen Städte ist seit Jahren bemüht, alle Einsparungsmöglichkeiten auszunutzen. Jedoch ergeben sich bei ihnen nicht die gleichen Sparmöglichkeiten wie bei den großen Städten, weil ein großer Teil der Sparmaßnahmen bereits vorweggenommen ist. Die den mittleren und kleinen Städten verbliebenen Spar- und Steuermöglichkeiten stehen aber in keinem Verhältnis zu der ungeheuren Steigerung der Wohlfahrtserwerbslosenausgaben, vor allem in den mittleren und kleinen Industriestädten, die infolge Stillegung eines oder mehrerer ihre Hauptsteuerkraft bildenden Unternehmungen einen rapiden Rückgang ihrer Steuereinnahmen und zugleich eine katastrophale Steigerung ihrer Wohlfahrtslasten erfahren haben. Ferner fehlen bei den kleinen Städten häufig Einnahmen Wirtschaftsbetrieben.

Die mittleren und kleinen Städte fordern daher Befreiung der Gemeinden von dem Anteil der Krisenunterstützung, organisatorische Zusammenfassung von Krisen- und Wohlfahrtserwerbslosenfürsorge und finanzielle Beteiligung des Reiches an den Wohlfahrtserwerbslosenlasten. Landkreise und kreisangehörige Gemeinden können trotz aller rigorosen Sparmaßnahmen zusammen höchstens 20 v. H. der Wohlfahrtserwerbslosenlasten aus eigenen Mitteln aufbringen. Ebenso notwendig ist eine Konsolidierung der kurzfristigen Gemeindekredite.

Als Uebergangsmaßnahmen sind erforderlich: Aufhebung der Kreditsperre der Sparkassen gegenüber den Gemeinden und schleunige Ueberweisung ausreichender Reichszuschüsse. Andernfalls läßt sich in zahlreichen mittleren und kleinen Städten die bisher mit äußerster Anspannung aufrecht erhaltene Zahlungsfähigkeit nicht mehr sicherstellen.

Diskontsenkung.

Von 10 auf 8 Prozent. — Lombardzins 10 Prozent.

Berlin, 1. September.

Der Zentralausschuß der Reichsbank war am Dienstag nachmittag in Berlin versammelt, um über eine Diskontsenkung zu beraten.

Es wurde beschlossen, mit Wirkung ab Mittwoch, 2. September den Diskontsatz von 10 auf 8 Prozent und den Lombardsatz von 12 auf 10 Prozent herabzusetzen.

Der Diskontsatz von 10 Prozent war seit 12. August ds. Js. in Kraft. Vom 1. bis 11. August hatte der Diskontsatz die exorbitante Höhe von 15 Prozent, eine Folge der Zahlungskrise im Juli. Die neuerliche Herabsetzung zeigt, daß die Entwicklung des Geldmarktes günstig ist. Allerdings ist ein Diskontsatz von 8 Prozent für die Wirtschaft immer noch reichlich hoch.

In der Sitzung des Zentralausschusses der Reichsbank am Dienstag führte Reichsbankpräsident Dr. Luther zur

Begründung der Diskontsenkung.

u. a. aus: Der Status der Reichsbank hat sich im Laufe des Monats August im Sinne fortschreitender Entlastung entwickelt. Die Anlagen der Reichsbank, die am 7. August noch 3849 Millionen RM betragen hatten, erfuhren bis zum 22. August eine Veringerung um 695 Millionen RM. Die rückläufige Bewegung setzte sich auch in der letzten Augustwoche zunächst noch fort, erst vom 28. August ab zeigte sich infolge des einsetzenden Ultimobedarfs wieder eine Zunahme. Eine etwa gleichartige Bewegung hatte der Notenumlauf aufzuweisen, der seinen niedrigsten Stand am 26. August mit etwa 3956 Millionen erreichte. Schon heute ist erkennbar, daß die Ultimobelastung der Bank, deren genaue Ziffern im Augenblick noch nicht vorliegen, sich in durchaus gemäßigten Grenzen gehalten hat.

„Temps" erhält Anstandsunterricht.

Eine Erklärung der Genfer österreichischen Delegation.

Genf, 1. September.

Die österreichische Delegation hat folgende offizielle Verlautbarung an die amtliche Nachrichtenstelle in Wien abgegeben:

Die in dem Leitartikel des „Temps" vom 31. August gebrachte Unterstellung, daß zwischen der Auffassung der deutschen und österreichischen Regierung hinsichtlich der weiteren Behandlung der Zollunionsfrage Differenzen bestehen, ist eine reine Erfindung.

Die Darstellung der Sachlage in diesem Artikel widerspricht auch dem wiederholt von der französischen Regierung betonten Standpunkt, daß sie keine finanzielle Pression ausgeübt habe noch ausüben würde. Schon daraus geht hervor, daß die französische Regierung dem Artikel fernsteht (?).

Mit solchen Brunnenvergiftungen wird der Beruhigung, die das Ziel aller beteiligten Regierungen ist, ein schlechter Dienst erwiesen. Dazu trägt auch die Tonart des Artikels nicht bei, in welchem der „Temps" die den Franzosen eigene Höflichkeit so vermissen läßt, daß er sich zu groben Schimpfworten versteigt. Es ist zu hoffen, daß trotz dieser Entgleisung das von allen Beteiligten angestrebte Ziet erreicht werden wird.

Erklärung des österreichischen Außenministers.

Wien, 1. September.

Der Genfer Sonderberichterstatter des Neuen Wiener Tagblattes meldet, Vizekanzler Schober habe erklärt, daß eine klare taktische Linie zwischen den Außenministern Deutschlands und Oesterreichs gefunden worden sei. Der französische Vorstoß, wie er in dem Artikel des „Temps" sich offenbart habe, sei als erledigt anzusehen.

Die deutsch-österreichische Uebereinstimmung in der Behandlung der Zollunionsfrage liege jetzt vollkommen klar, und es könne gesagt werden, daß eine Verzichtleistung auf jede politische oder wirtschaftliche Kombination, die das europäische Statut ändern könnte, nicht zu erwarten sei. — Schober werde sich bemühen, den Franzosen die Unhaltbarkeit ihrer Verzichtforderung begreiflich zu machen. Intensiv sei der Vizekanzler um eine Ueberbrückung der Gegensätze bemüht, und er erwarte, daß die französischen Delegierten in Genf Verständnis für die Tatsache zeigten, daß jeder moralische Druck auf Oesterreich unter der Flagge „Schaffung des Vertrauens" zu einem Fiasko führen würde.

Deutsche Schulnot in Polen.

Hilferuf an den Völkerbund.

Genf, 1. Sept.

Die deutschen Minderheiten in Polen haben sich an den Völkerbund mit zwei Petitionen gewandt, in denen die trostlose Lage des deutschen Schulwesens in Kongreß-Polen und den ehemaligen preußischen Gebieten dargelegt wird. Das unter Rußland in Kongreß-Polen mit unendlicher Mühe errichtete deutsche Schulwesen sei von dem polnischen Staat nahezu restlos zertrümmert worden.

Die früher vorhandenen 560 deutschsprachigen Schulen seien gegenwärtig auf ein Zehntel verringert. Das ehemals preußische Gebiet (Posen, Pomerellen) zeige ebenfalls einen außerordentlichen Rückgang des deutschen Schulwesens, der auf die Drosselung der deutschen Privatschulen zurückzuführen ist. Rund die Hälfte der deutschen Kinder müßten polnischsprachige Schulen besuchen. Die kulturelle Not der Deutschen sei nicht geringer als die politische und wirtschaftliche.

Doch polnisch-russische Verhandlungen.

Französische Andeutungen und Mutmaßungen.

Paris, 1. September.

Der Außenpolitiker des „Matin", der sich in Genf aufhält, kündigt an, daß die russische mit der polnischen Delegation noch Ende dieser Woche wegen der Nichtangriffspakt-Verhandlungen Fühlung nehmen werde. Polen sei über alles auf dem Laufenden, was Frankreich getan habe. Es kenne genau Frankreichs Abmachungen und Pläne mit den Sowjets und habe sie jederzeit gebilligt. Es verhandele selbst wegen seiner Beteiligung,

im allgemeinen wisse man aber nicht, daß die polnisch-russischen Verhandlungen schon seit sechs Tagen dauerten.

Nach einem Hinweis auf die Erklärungen des polnischen Außenministers Zaleski in Paris schreibt der Außenpolitiker des Blattes, der hauptsächlichste Gedanke Briands, der von Laval wieder aufgenommen worden sei, war, die französischen Handelsbeziehungen zu Sowjetrußland auszugleichen und Rußland viel eher französische Ware als sieben oder acht Millionen zu liefern. Diese Initiative gehöre zu denen, die von der französischen Regierung in den letzten Monaten ergriffen worden seien und bezwecke, den Grundsatz von Briands Politik in die Wirklichkeit umzusetzen. — (Der russische Außenkommissar Litwinow hat bekanntlich die Meldungen über russisch-polnische Verhandlungen für unrichtig erklärt. — Red.).

Kurznachrichten.

Reichskanzler Dr. Brüning empfing am Dienstag eine Anzahl von Finanzministern der Länder. Erschienen waren die Finanzminister von Thüringen, Oldenburg, Mecklenburg-Schwerin, und Braunschweig.

Der Reichstagspräsident hat den Aeltestenrat des Reichstages für Freitag nachmittag 16 Uhr zu einer Sitzung einberufen, in der über den kommunistischen Antrag auf Einberufung des Reichstages entschieden werden soll.

Im Madrider Zentralgefängnis haben die politischen Gefangenen gemeutert. Der Aufstand konnte von Polizei und Militär unterdrückt werden.

Der Senat der Stadt Newyork hat den Vorschlag des Gouverneurs Roosevelt, einen Arbeitslosenfonds in Höhe von 20 Millionen Dollar durch Erhöhung der Einkommensteuer um 50 Prozent zu schaffen, gebilligt.

Aus der Heimat

Mittwoch, den 2. September 1931

Bezahlt prompt Euere Rechnungen!

Die außerordentliche Schwere der gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnisse und vor allem die außergewöhnliche Geldknappheit bedrücken besonders das kleine und mittlere Handwerk und bedrohen es täglich in seiner Existenz. Da es Betriebskapital heute meist nicht mehr oder nur in geringem Umfange besitzt, ist es gezwungen, aus den verringerten Aufträgen seiner Kundschaft für sich und die Familie den täglichen Lebensunterhalt mühsam und meist unter größten persönlichen Opfern zu erwerben. Leider läßt jedoch die Kundschaft das Handwerk bei der Zahlung seiner Waren und Leistungen gerade heute allzu oft im Stich. Die Klagen über das zunehmende Borgunwesen sind gegenwärtig besonders lebhaft. Seitens der Kundschaft wird leider verkannt, daß das Handwerk in seiner Produktion zu einem großen Teil von den Lieferanten seiner Werkstoffe abhängig ist und bei nichtpünktlicher Bezahlung heute außerordentlich hohe Verzugszinsen leisten muß, die die Leistungsfähigkeit der einzelnen Handwerksbetriebes stark schwächen, ja sogar vollständig vernichten können. — Die gegenwärtige deutsche Volksnot muß alle Staatsbürger in dem Gedanken verbinden, daß alles Trennende beseitigt werden muß und der einzelne als Glied des Ganzen bei der Schwere der Zeit nicht in der Lage ist, sich allein zu helfen. Von dieser Einstellung ausgehend, vertraut das Handwerk auf die Einsicht und den guten Willen seiner Kundschaft und hofft, daß ein jeder durch pünktliche Erfüllung seiner Verbindlichkeiten und Zahlung von Handwerkerrechnungen mit dazu beiträgt, eine allmähliche Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse herbeizuführen.

* **Öffentliche Kundgebung der Wittgensteiner Kriegsopfer.** Der Reichsbund der Kriegsbeschädgiten, Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebenen veranstaltet am 6. Sept. ds. Js., nachm. 4 Uhr im Saale des Park-Hotel (früher Hotel Bald) in Berleburg eine öffentliche Kundgebung der Kriegsopfer des Kreises Wittgenstein. An dieser Veranstaltung können selbstverständlich auch alle nicht oder noch nicht im Reichsbund organisierten Kriegsopfer teilnehmen. Der Leiter des Gaues Westfalen des Reichsbundes wird über die Belange der Kriegsopfer referieren, sodaß jedem Gelegenheit geboten ist, einmal aus sachkundigem Munde über Kriegsopferversorgung sowie über die Auswirkung der Notverordnungen auf die Versorgung Aufklärung zu erhalten. Da über diese Fragen in weiten Kreisen der Bevölkerung noch große Unkenntnis besteht, sollte niemand versäumen, die Kundgebung zu besuchen.

Politische Tagesschau.

Preußischer Landtag tritt nicht zusammen.

Berlin, 2. Sept. Der Aeltestenrat des Preußischen Landtages lehnte am Dienstag abend die vorzeitige Einberufung des Preußischen Landtages ab.

Die S.P.D. gegen Aufhebung der Hauszinssteuer.

Der „Vorwärts" schreibt in Nr. 403: „Es muß in diesem Augenblick, da die Interessentenhaufen des Besitzes die Hauszinssteuer berennen, mit allem Nachdruck betont werden: Es wäre heller Wahnsinn, wenn die Hauszinssteuer aufgehoben oder auch nur gesenkt würde."

Vom Kongreß der Freien Gewerkschaften.

Auf dem Kongreß der Freien Gewerkschaften, der in Frankfurt a. M. tagt, kritisierte Kraus (Stuttgart) der einzige Vertreter der kommunistischen Opposition, die Maßnahmen des Bundesvorstandes. — Zur Wirtschaftslage heißt es in einer einstimmig angenommenen Entschließung, der internationale Charakter der heutigen Krise erschwere ihre Bekämpfung in einer eigenen Volkswirtschaft. Deshalb müsse eine großzügige internationale Arbeitsbeschaffung auf der Grundlage einer internationalen Kreditvereinbarung angestrebt werden. Der Kongreß beauftragt daher den Bundesvorstand, die in dieser Richtung unternommenen Bemühungen des Internationalen Arbeitsamtes tatkräftig zu unterstützen. In einer zweiten Entschließung wird im Interesse sozialer Gerechtigkeit die Beseitigung der unerträglichen Härten und Rechtsbeschränkungen, die in der Notverordnung vom 5. Juni enthalten seien, gefordert.

Tarifkündigungen im Aachener Bezirk.

Der Arbeitgeberverband für den Aachener Steinkohlenbergbau hat die durch Schiedsspruch vom 26. Juni ds. Js. mit Wirkung vom 1. Juli erneut wieder in Kraft gesetzte Lohnordnung zum 30. September gekündigt. Der Arbeitgeberverband für die Aachener Textilindustrie hat den am 9. März 1931 in Kraft getretenen Lohntarif am 30. August zum 31. Oktober ds. Js. gekündigt. Vom Stollberger Industrieverband ist der Lohntarif für die gesamte Metallindustrie zum 31. Oktober ds. Js. vorsorglich gekündigt worden.

Notstandsmaßnahmen der finnischen Regierung.

Die Regierung Finnlands hat, wie aus Helsingfors gemeldet wird, dem Parlament einige Gesetzesvorlagen zur Ueberwindung der augenblicklichen Wirtschaftsdepression vorgelegt, die u. a. eine Kürzung der Gehälter für verheiratete Beamten um fünf Prozent und für unverheiratete Beamten um 10 Prozent vorsehen.

Vatikan und Mussolini versöhnt.

München, 2. Sept. Die „Münchener Zeitung" bringt aus Rom eine Meldung, wonach Mussolini der Polizei Anordnungen gegeben habe, die sämtlichen katholischen Vereinigungen im ganzen Lande zu öffnen. Bereits am Montag seien die Siegel an den Türen entfernt und die Schlüssel den Vertretern der Vereinigungen übergeben worden.

* **Eine totale Mondfinsternis.** Als besondere, vorausberechenbare Himmelsereignisse sind für den September die Sonnenfinsternis am 12. September und die totale Mondfinsternis am 26. September zu nennen. Während die erste — eine sehr unbedeutende teilweise Sonnenfinsternis — in Europa nicht gesehen werden kann, tritt die zweite Finsternis zu sehr günstiger Stunde ein. Nachdem die Sonne am 26. September um 6 Uhr abends untergegangen ist, beginnt die Finsternis um 6,54 Uhr. Die Totalität dauert von 8.06 bis 9.31 Uhr und hat ihren Höhepunkt um 8,48 Uhr. Das Ende der Finsternis tritt um 10,42 ein, so daß die Gesamtdauer fast vier Stunden beträgt. In bezug auf die Zeitumstände ähnelt diese Finsternis der gleichfalls totalen Mondfinsternis vom 2. April dieses Jahres, die fast überall in Deutschland bei klarem Himmel verfolgt werden konnte. Besonders interessant war das Leuchten des im Erdschatten befindlichen Mondes in gelblichen bis dunkelroten Farbtönen, das sich auf die lichtbrechende Wirkung der Erdatmosphäre zurückführen läßt. Den Daten der Finsternisse entsprechend ist am 5. September letztes Mondviertel, am 12. Neumond, am 18. erstes Viertel und am 26. Vollmond.

Laasphe:

* **Wohnungswechsel der hiesigen Krankenschwester.** Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß Gemeindeschwester Emilie in die Bahnhofstraße in das neue Haus des Herrn Roth verzogen ist. Im Bedarfsfalle ist sie dort aufzusuchen.

Erndtebrück:

Gegenwärtig ist der Kreis Wittgenstein wieder das Ziel großer Zigeunertrupps. Am Sonntag vormittag kam eine aus fünf Wagen bestehende Karawane, von mehreren Landjägerbeamten begleitet, durch Erndtebrück, um über die Kreisgrenze in Richtung Lützel abgeschoben zu werden. Dieses Abschieben der Banden von einem Ort zum andern hat wenig oder gar keinen Zweck, da die Weiber in der Regel in längerem Abstand hinterher reisen und so unbehelligt von der Polizei ihrem Bettel und ihren Spitzbubereien obliegen können. Diesen ewigen Belästigungen der Bevölkerung durch dieses schwarze Volk sollte endlich ein Riegel vorgeschoben werden. Wenn den Leuten die Erlaubnis für ihr „Gewerbe im Umherziehen" versagt oder die Grenze verschlossen gehalten wird, findet der „Handel" von selbst ein Ende. Wenn ein Gewerbe aber konzessioniert ist, muß dem Inhaber des Gewerbescheins auch die Möglichkeit gelassen werden, sein Gewerbe ausüben zu können. Durch das Abschieben von Ort zu Ort, oder aus einem Kreis in den andern, ist diese Möglichkeit jedoch unterbunden. Es bleibt diesen Leuten nichts weiter übrig, als zu betteln und zu stehlen, was die nachziehenden Weiber dann auch nach allen Regeln dieser Kunst besorgen. Hiervon konnte man sich am Montag überzeugen, als eine ganze Anzahl dieser schwarzen Gauner Erndtebrück abkloppten. In Geschäften wenden diese Weiber einen besonderen Trick an, der darin besteht, daß sie großes Geld einwechseln lassen. Während die Person im Geschäft dann das Geld der Kasse entnimmt, klaut die Gesellschaft vom Ladentisch alles, was sich in der schmierigen Schürze verbergen läßt. Große Vorsicht ist gerade zur Erntezeit geboten, da dann bisweilen alle Personen einer Familie auf dem Feld beschäftigt sind und das Haus leer steht. Man achte in diesem Falle stets darauf, daß alle Türen abgeschlossen sind, da sonst unangenehme Ueberraschungen nicht selten sind.

— **Achenbach.** Kein Ausfuhrverbot für Kartoffeln. Kürzlich war in der Gemarkung Achenbach Kartoffelkrebs aufgetreten, eine unerfreuliche Tatsache, die in der Gemeinde starke Beunruhigung hervorgerufen hat. Es bestand nämlich die Befürchtung, daß ein Kartoffelausfuhrverbot erfolgen würde, das die stark kartoffelbautreibende Gemeinde hart getroffen hätte. Dem ist aber nicht so. Da es sich nicht um einen größeren Acker, sondern nur um ein kleineres Gartenstück handelt, so wird nur eine Gehöftssperre erfolgen. Der Kartoffelausfuhr steht also weiter nichts im Wege. Die Krankheitserscheinungen sind dazu so geringfügig, daß die Furcht vor Weiterverbreitung der Krankheit unbegründet ist.

Aus Nah und Fern.

— **Breitscheid.** Fossile Knochenfunde. Vor einigen Jahren wurden im Tongrubenbetrieb der Westerwälder Tonindustrie G. m. b. H. in Breitscheid Fossilreste gefunden, die dem Naturhistorischen Museum in Wiesbaden zur Verfügung gestellt wurden. Die gewaltigen Backenzähne wurden als die einer Rhinozerosart, der Untergattung Aceratherum angehörend, festgestellt. Diese Tiere lebten am Ufer der Sümpfe und Seen, in denen die Westerwälder Tone und Braunkohlen zum Absatz kamen. Vor einigen Tagen wurden nun weitere fossile Knochen in der der gleichen Gesellschaft gehörenden Braunkohlengrube „Glückauf Phönix" gefunden, und zwar am Hangende der Kohle in einer Letteschicht, etwa 60 Meter unter Tage. Es handelt sich um eine Anzahl äußerst kräftiger, noch sehr gut erhaltener Knochen, die, nimmt man für die Braunkohle ein Alter von rund 600 000 Jahren an, ein recht respektables Alter aufweisen.

— **Siegen.** Zu dem Goldfund im Siegerland nimmt nun auch der Zeitungs-Verlag, das Organ der deutschen Zeitungsverleger, Stellung, indem er schreibt: „Bei Siegen liegt an einem waldigen Hang die kleine Grube Philipps-Hoffnung, die Kobalterze abbaut. Wie überall, so finden sich auch hier Nebenprodukte, darunter — wie ja im Meerwasser — Gold. Es handelt sich um eine winzige Grammenge, 3,6 Gramm auf eine Tonne = 20 Zentnern Gestein. Der Wert des mit Arsen und Schwefel gebundenen Goldes würde kaum die Gestehungskosten decken. Durch viele Zeitungen ging nun sofort eine sensationell aufgemachte Nachricht: „Gold im Siegerland". Was davon zu halten ist, wird man jetzt erkennen. Da die Siegerländer Blätter über das „Goldvorkommen" sachlich und ohne Uebertreibung berichtet hatten, müssen die aufgebauschten Meldungen wohl von einer interessierten Seite in die auswärtige Presse gebracht worden sein. Sogar das Neue Wiener Journal brachte im Juli einen doppelspaltigen Aufsatz, in dem neben übertreibenden Meldungen über das Gold zu lesen war: „Wenn die Förderung im Gang ist, wird die Grube nicht nur Deutschland, sondern auch das übrige Europa . . . mit Kobalt versorgen können." Der Siegerländer Bergmann schüttelt sich vor Lachen beim Lesen derartiger Münchhausiaden. Zunächst wurde jedenfalls eben erst in einer Versammlung der Grubenbesitzer eine Zubuße von 30 000 Mk. für die Grube

beschlossen. Vor den Nachrichten über Goldfunde und ungeheure Kobaltvorkommen im Siegerland wird also hier gewarnt."

— **Siegen.** In zwei nationalsozialistischen Parallelversammlungen, die beide ausverkauft waren, sprach Prinz August Wilhelm von Preußen über den „Weg zur Freiheit". Auf der Fahrt zu und von den Versammlungslokalen wurde das prinzliche Auto von Kommunisten mit Pfuirufen begrüßt und von bisher noch nicht festgestellten Elementen mit Steinen beworfen. Im übrigen vermochte die durch Schupo aus Hamm i. W. verstärkte Siegener Polizei die Ordnung aufrecht zu erhalten.

— **Wissen.** Das Ochsengespann in der Sieg. In großen Schrecken versetzt wurden die Bewohner von Pirzental. Der Landwirt Fuchs von dort hatte mit einem Ochsengespann Obst nach Etzbach gefahren. Um keinen Umweg machen zu müssen, wollte er seinen Weg durch das Siegbett nehmen. Durch die Regenfälle in den letzten Wochen war aber die Sieg stark gestiegen. Ungeachtet dessen fuhr er in das Wasser. Als er einige Meter weit im Fluß war, mußte er zu seinem größten Schrecken feststellen, daß Ochsen und Wagen den Boden verloren hatten und einer tiefen Stelle zuschwammen, wobei die Tiere unter das Wasser tauchten und der Landwirt auf dem Wagen bis am Hals im Wasser stand. In der Nähe arbeitende Personen sprangen schnell in das Wasser und konnten nur unter den größten Anstrengungen Tiere und Wagen aus dem nassen Element ziehen.

Eine Schützengesellschaft verunglückt. Auf der Straße Dabringhausen-Hilgen bei Düsseldorf fuhr ein Lieferwagen, auf dem sich eine Schützengesellschaft befand, in einer Kurve gegen einen Prellstein. Einige Mitfahrer wurden bei dem Anprall aus dem Auto geschleudert. Einer der Verunglückten war sofort tot, die anderen trugen schwere Verletzungen davon.

Aufgedeckter Mord im Elsaß. Auf dem Gebirgshofe Saxermatt bei Rappoltsweiler ist die Gendarmerie einem Mord auf die Spur gekommen, der wahrscheinlich im Jahre 1927 begangen wurde. Der Besitzer des Hofes, der Landwirt Scheidecker, hatte wegen seines ausschweifenden Lebenswandels mit seiner Familie längere Zeit in Unfrieden gelebt und war schließlich fortgegangen. Alle Nachforschungen nach ihm waren erfolglos. In der Gegend verbreitete sich das Gerücht, er sei von seinem ältesten Sohne ermordet worden, weil er dessen Ersparnisse von etwa 800 Frs. nicht herausgeben wollte. Vor etwa zehn Tagen verließ nun auch der Sohn Scheidecker das Land. Nach dem Fortgang des Sohnes erhielt die Gendarmerie Kunde von den Gerüchten und veranstaltete Nachgrabungen in der Nähe des Hofes. Dabei wurden die Ueberreste eines männlichen Skelettes aufgefunden, das unter einem Steinhaufen und Stacheldrahtrollen 1.30 Meter tief begraben war. Der Schädel hatte oberhalb des rechten Ohres ein Loch.

Von der Transmission getötet. Der neunjährige Sohn des Landwirts Knauer in Thierhaupten (Schwaben) kam beim Dreschen im elterlichen Anwesen der Transmission zu nahe, wurde mehrmals herumgeschleudert und so schwer verletzt, daß er nach der Operation verstarb.

Vom Hochvogel abgestürzt. Die Hofratswitwe Rosa Kling unternahm mit ihrem 23 Jahre alten Sohn eine Tour auf den Hochvogel im Allgäu. Die 50 Jahre alte Frau, die eine tüchtige Bergsteigerin war, rutschte beim Abstieg ins Lechtal in Richtung Namlos infolge des weichen Schnees ab und stürzte etwa 40 Meter ab. Sie blieb mit schweren Verletzungen unterhalb eines Schneefeldes liegen. Der Sohn, der der Mutter zu Hilfe eilen wollte, wurde durch die ins Rutschen gekommene Wächte mitgerissen und stürzte ebenfalls ab. Die Frau ist im Krankenhaus in Reutte den Verletzungen erlegen, während der Sohn schwer verletzt ist.

Vor dem Ertrinken gerettet. Zwei Herren aus München fuhren mit dem Falboot oberhalb des Ländeplatzes am Lechsteg bei Füssen, gerieten mit dem Boot an einen infolge des Hochwassers nicht sichtbaren Felsen und kenterten. Beide Insassen fielen ins Wasser. Der eine konnte sich und das Boot in Sicherheit bringen, der andere wurde auf die Brücke zugetrieben und konnte sich auch an einem Eisbrecher festhalten, doch wurde die Lage für ihn sehr bedenklich, da irgendwelche Mittel, ihm zu helfen, nicht vorhanden waren. Der 16jährige Schreinerlehrling Josef Schwarz von Horn erkannte die Gefahr, schaffte ein Seil herbei und warf es dem Gefährdeten zu, doch erreichte es diesen nicht. Er ließ sich dann selbst anseilen, stieg an den Pfeilern hinab, kletterte auf den Eisbrecher und konnte nun das rettende Seil zuwerfen. Der Gefährdete hatte gerade noch so viel Kraft, sich das Seil umzubinden und wurde so gerettet.

Verbrechenserie in Ostgalizien. Bei Kolomea im Kreise Stanislau wurde von drei Personen ein Ueberfall auf einen Postwagen ausgeführt. Die Täter gaben dabei Schüsse ab, durch die der den Wagen begleitende Polizist tödlich getroffen wurde. Der Postwagenführer, der trotz schwerer Verletzungen die Pferde anspornte, konnte den Angreifern mit dem Postwagen entkommen. — Unweit Lembergs stürzten bisher nicht ermittelte Täter mehrere Telegraphenstangen über den Eisenbahndamm, um den Zug zur Entgleisung zu bringen. — Auf der Landstraße bei Drohobycz wurden ebenfalls sechs Telegraphenstangen abgesägt. Wie weiter berichtet wird, soll in der Nähe von Winagrad die Polizeiwache beschossen worden sein.

Folgenschwerer Autozusammenstoß. An einer Straßenkreuzung unweit von Melun auf halbem Wege zwischen Paris und Fontainebleau stießen nachts zwei Personenkraftwagen zusammen. Drei der Insassen kamen ums Leben, vier andere wurden verletzt.

Streikunruhen in Saragossa. Wie aus Saragossa gemeldet wird, wurde in eine Telefonarbeiterkolonne geschossen. Angehörige der Zivilgarde, die die Arbeiter wegen des Telefonarbeiterstreiks begleiteten, erwiderten das Feuer, ohne zu wissen, woher die Schüsse kamen. Vier unbeteiligte Personen wurden verwundet und einer getötet. In der Stadt herrscht wegen der Schießerei große Erregung.

Von Gronau in Ontario. Der deutsche Flieger von Gronau ist bei wenig günstigem Wetter in Langlac (Ontario) gelandet. Er wird seinen Flug mit Kurs auf Chicago fortsetzen.

Beulenpest in Barcelona. Der spanische Innenminister teilt mit, daß bei Barcelona fünf Fälle von Beulenpest festgestellt worden sind. Drei der Erkrankten sind gestorben. Der Leiter der öffentlichen Gesundheitspflege hat sich nach Barcelona begeben. Es sind sanitäre Maßnahmen getroffen worden, um die Ausbreitung der Epidemie zu verhindern.

Vom „Graf Zeppelin".

Guter Verlauf der Brasilienfahrt.

Friedrichshafen, 1. September.

Nach den im Laufe des Dienstag vom Luftschiff „Graf Zeppelin" eingegangenen Funksprüchen ist auch die zweite Hälfte der Fahrt nach Brasilien glatt verlaufen. Das Luftschiff hat, wie vorgesehen, über Sao Thiago auf den Kapverdischen Inseln Post abgeworfen. Die Ueberquerung des Ozeans verlief ohne Zwischenfall. An Bord war alles wohl. Die Geschwindigkeit war sehr groß, sie betrug ständig über 100 Stundenkilometer.

Erst im südatlantischen Ozean stieß das Luftschiff auf Gegenwinde, so daß es mit verminderter Geschwindigkeit fahren mußte. Deshalb erfolgte die Ankunft in Pernambuco etwas später als vorgesehen.

„Graf Zeppelin" in Brasilien.

Newyork, 2. September.

Das Luftschiff „Graf Zeppelin" hat den atlantischen Ozean überquert. Bereits am Dienstag nachmittag wurde es bei der nahe der brasilianischen Küste liegenden Insel Fernando Noronha gesichtet. Zum Empfang in Pernambuco ist eine große Menschenmenge aus der ganzen Gegend zusammengeströmt.

Am Dienstag abend um acht Uhr ist „Graf Zeppelin" in Pernambuco glatt gelandet.

Nach den letzten Funkmeldungen ist das Heck des „Grafen Zeppelin" in den schweren Regenstürmen leicht beschädigt worden.

Voruntersuchung.

Dortmund, 2. September. Gegen die beiden früheren Generaldirektoren der Vereinigten Elektrizitäts-Werke Westfalen, Krone und Fischer, ist auf Antrag der Staatsanwaltschaft die gerichtliche Voruntersuchung wegen Untreue eröffnet worden.

Raubüberfall.

Röbel (Mecklenburg-Schwerin), 2. Sept. Der Poststelleninhaber Jantzen wurde auf einer Dienstfahrt im Walde bei Retzow von zwei Männern überfallen, vom Rade gerissen und unter Bedrohung mit Revolvern des Bargeldes beraubt. Den Räubern fielen rund 1500 Mark in die Hände, mit denen sie unerkannt entkamen. Die Gendarmerie hat die Ermittlungen aufgenommen. Der Raubüberfall war planmäßig vorbereitet. Es erwies sich, daß die Fernsprechleitung nach dem Forstgehöft abgeschnitten worden ist.

Explosion in einem oberbayerischen Brikettwerk.

Seeshaupt (Oberbayern), 2. Sept. Am Dienstag erfolgte in dem neuen Madruck-Brikettwerk AG. zwischen Seeshaupt und Staltach an den Osterseen eine Explosion, die wahrscheinlich durch Kohlenstaub hervorgerufen wurde. Dadurch wurde ein Teil des Gebäudes zerstört und sieben Arbeiter zum Teil schwer verletzt. Die Schwerverletzten wurden ins Krankenhaus nach Weilheim gebracht.

London ein Lichtmeer.

London, 2. September. Der internationale beleuchtungstechnische Kongreß wurde am Dienstag Abend eröffnet. Zur Feier der Eröffnung wurden die wichtigsten Gebäude der Stadt von gewaltigen Scheinwerfern angestrahlt, u. a. wurde z. B. der Buckingham-Palast, die Residenz des Königs, von dem Licht von nicht weniger als zweihundert Scheinwerfern überflutet.

In einer Höhle eingeschlossen.

Salzburg, 1. August. In den Lamprechtsofenloch-Höhlen, in der Nähe von Weißbach bei Lefer, hat sich ein sonderbarer touristischer Unfall ereignet, der glücklicherweise ohne ernsthaftere Folgen blieb. Zwei Touristen aus Teplitz-Schönau, Bruno und Hedwig Samel, die diese Höhlen in Begleitung eines Führers besucht hatten, wurden durch einen Wassereinbruch in die Nebenhöhle — das Grundwasser stieg dort sechs Meter hoch — der Rückweg abgeschnitten. Die Gendarmerie bemühte sich sechs Stunden lang, die Eingeschlossenen zu retten, und nur der Umstand, daß die Flut ebenso plötzlich sank, wie sie gekommen war, ist es zu danken, daß die drei Personen aus ihrer gefahrvollen Lage befreit werden konnten.

Brandstiftung in Schleswig-Holstein.

Kiel, 31. Aug. Wie in Glückstadt und Jarrenwisch wurden auf dem Gute Schwartenbek bei Kiel mehrere Gebäude, offenbar durch Brandstiftung, eingeäschert. Auch bei Heide im Dittmarschen wurden Anwesen mit den gesamten Erntevorräten durch einen Brand vernichtet. Wie verlautet, deuten bestimmte Anzeichen darauf hin, daß zwischen den verschiedenen Bränden und den Sabotageakten streikender Dreschar beiter ein Zusammenhang besteht.

Sven-Hedin-Expedition von Räubern ausgeplündert.

Berlin, 2. Sept. Aus Stockholm wird gemeldet, daß Dr. Bexell, ein Mitglied der Zentral-Asien-Expedition Sven Hedins, ein Telegramm an Sven Hedin sandte, in dem er mitteilt, daß Räuber das Lager der Expedition völlig ausgeplündert hätten. Selbst die wertvollen meteorologischen und astronomischen Meßinstrumente seien geraubt worden. Sven Hedin hat sich bereits an die chinesische Regierung um Hilfe gewandt. Anscheinend handelt es sich bei der Räuberbande um entlassene Soldaten.

Unfall in den Bergen.

Fünf Touristen erschöpft aufgefunden.

Sitten, 2. September.

Am Samstag sind von Sitten (Rhonetal) aus drei Herren und zwei Damen zur Besteigung der Aiguilles Rouge abgegangen. Wie es scheint, sind die Bergsteiger vom Unwetter überrascht worden. Da man bis Dienstag ohne Nachricht von ihner war, ging daher eine Rettungskolonne nach dem Gebiet der Aiguilles Rouge ab.

Die fünf Touristen sind von der Rettungskolonne völlig erschöpft aufgefunden worden. Sie hatten die Nacht unter freiem Himmel verbringen müssen. Die Hilfskolonne ist nach Arolla zurückgekehrt, um die Touristen mit Hilfe von Führern zu bergen.

Frau Brabock

Skizze von Bruno E. Leiningen.

Eigentlich hieß sie ja Frau Broback, aber so nannte sie kein Mensch. Jeder rief sie nur Frau Brabock. So hatte sie sich schließlich daran gewöhnt und wußte kaum mehr, wie ihr Familienname eigentlich lautete. Es war ihr, weiß der Himmel, nicht leicht gewesen, sich und die drei Kinder durchzubringen, als damals vor vielen Jahren ihrem Mann die Heimat zu eng wurde und er seine Frau mit den Kleinen in Not zurückließ. Aber sie wußte, daß man sich mit Jammern und Klagen nicht weiterbrachte, so hatte sie dem Leben fest in die kalten Augen geblickt und tapfer die Hände gerührt, aus denen die Wäsche blütenweiß hervorging. Vom Morgengrauen bis zum Abend stand sie vor den Waschbottichen und konnte sich nach und nach der feinsten Kundschaft der Stadt rühmen, denn Offiziere und Regierungsräte, Landrichter und Professoren vertrauten der Brabock ihre Kragen und Leibwäsche an. Neben dem üblichen Waschlohn fielen ihr manche besondere Zuwendungen zu. So konnte sie leben, und die Kinder gediehen.

Eines Tages war ihr Mann wieder da, in einem Anzug von aufgeputzter Schäbigkeit, klimperte herausfordernd mit ein paar Talern, rauchte einen stinkigen Tabak, kaute Gummi und redete von „Aemerrikä", sagte „yes" und „allright".

Frau Brabock hörte ihm eine Weile schweigend zu, dann sagte sie: „Kannste nicht mehr deutsch sprechen, wie sich das für'n anständigen Christenmenschen gehört?" Dann zeigte sie ihm ihren ansehnlichen Rücken und stieg in die Waschküche. Er aber lumpte drei Tage in der Stadt herum, saß in den Kneipen, trank Fusel und hielt das große Wort, bis die Taler zu Ende waren.

Eines Tages sagte er: „Weißt Du was, Alte, komm mit rüber nach Aemerrikä, wenn Du da so waschen tust, wie hier, sind wir in ein paar Jahren reiche Leute."

„Was, Du Lüderjahn? Hier wasch' ich für die feinsten Herrschaftens, und nu soll ich nach Amerika und für die Wilden waschen, die nix sagen können als ‚jäs' und ‚ollreit'?"

Klatschend fuhr ihm der nasse Strumpf, der ihr gerade zur Hand lag, um die Ohren. —

Am anderen Tage hatte er die Stadt verlassen, er war wohl wieder nach „Amerrikä" zu den „Wilden", denn Frau Brabock hat nichts mehr von ihm gehört.

Lieber früher als später.

Der Hofnarr Jakobs I. hatte einst einen Höfling beleidigt und fürchtete nun dessen Rache, der König, dem das gedrückte Wesen seines Narren auffiel, fragte nach dem Grund solchen Gehabens. Von dem Vorfall und den Aengsten des Spaßmachers unterrichtet, versuchte er ihn dadurch zu beruhigen, daß er versprach, er werde seinen Widersacher, wenn er die beabsichtigte Mordtat ausführte, schon am nächsten Tage aufhängen lassen. „Warum einen Tag nacher?" antwortete da der Narr. „Lieber wäre es mir, Sie täten es einen Tag vorher."

Allerlei Wissenswertes.

Englische Geologen haben errechnet, daß die Wassermenge, die sich im Innern der Erde befindet, etwa einem Drittel der Wassermenge entspricht, die die Meere der ganzen Erde enthalten

In Amerika kommen auf 1 Million Einwohner 200 Todesfälle infolge Zuckerkrankheit.

Man hat beobachtet, daß Bären die Geigenmusik ganz besonders lieben, während Elefanten die Flöte bevorzugen, Austern haben eine große Vorliebe für den Ton des Cellos.

Bei Mindoro im Indischen Ozean ist das Wasser so klar, daß man in einer Tiefe von 30 Metern ganz deutlich die Korallen auf dem Grunde sehen kann.

Eine Pflanze, die ohne Erde und Wasser blüht, ist das Seuromatum guttatum, das vom Himalaja stammt; legt man eine Knolle auf ein Fensterbrett, so schießt im März und April eine lange, purpurrot und gelb gefleckte Blumenblüte daraus hervor; hat die Knolle ausgeblüht, so muß sie in die Erde gelegt werden; dann treibt sie Blätter und sammelt im Laufe des Sommers so viel Nahrung, daß diese für die nächste Blüte ausreicht.

Wetterbeobachtungen

Wetteraussichten für Donnerstag: Zunächst noch bedeckt, mehr schauerartige Niederschläge, etwas kühler, dann Witterung sich wieder bessernd.

Wetterbeobachtungen der Aufbauschule Laasphe.

Von heute, 2. 9., 8 Uhr vormittags

Temperatur		16° C
Barometerstand	(gestern 770 mm)	770 mm
Feuchtigkeit der Luft		89 %
Höchste Temperatur	(seit gestern 8 Uhr vormittags)	22° C
Niedrigste Temperatur	(„ „ „ „)	14° C
Niederschlagswenge	(„ „ „ „)	1,0 mm

Frankfurter Produktenbörse vom 31. August: Amtlich notierten: Weizen, inl. 23,75 bis 23,85; Roggen, inl. 21,25; Sommergerste 18; Hafer, inl., neu 17,50 bis 18; Weizenmehl, südd., Spezial Null 39,50 bis 40,25; Sondermahlung 35,50 bis 36,25; Niederrhein. Mehl 39,75 bis 40, bezw. Sondermahlung 35,60 bis 36; Roggenmehl 29,50 bis 31; Weizenkleie 10; Roggenkleie 9,75 Mark. Tendenz: nachgebend, Weizen und Hafer in abfallenden Qualitäten zu entsprechend billigeren Preisen angeboten.

Frankfurter Schlachtviehmarkt vom 31. August: Auftrieb 1539 Rinder, davon 352 Ochsen, 240 Bullen, 488 Kühe, 430 Färsen, ferner 531 Kälber, 92 Schafe und 4627 Schweine. Bezahlt wurde pro 50 Kilogramm Lebendgewicht in Reichsmark: Ochsen 42 bis 46, 37 bis 41, 32 bis 36; Bullen 33 bis 36, 27 bis 32; Kühe 33 bis 36, 29 bis 32, 24 bis 28; Färsen 42 bis 46, 37 bis 41, 32 bis 36; Kälber —, 53 bis 56, 48 bis 52, 41 bis 47; Schafe nicht notiert; Schweine —, 57 bis 60, 57 bis 60, 56 bis 60, 50 bis 57.

Zwangsversteigerung.

Am Donnerstag den 3. September, nachm. 1 Uhr werde ich in Erndtebrück an Ort und Stelle, Wirtschaft Strohmann

1 Tisch, 1 Schreibmaschine, 1 Nähmaschine, Gamaschen und Hausschuhe

öffentlich meistbietend gegen Barzahlung versteigern.

Berleburg, den 2. September 1931.

Kirsten, Obergerichtsvollzieher.

Geplantes Attentat vereitelt.

Die ungarische Völkerbundsdelegation sollte beschossen werden.

Wien, 1. September.

Die Polizei hat den Ungarn Dr. Kolomann Budai verhaftet, der am 7. Dezember 1929 im Gebäude der ungarischen Gesandtschaft in Wien den Pressechef Wilhelm von Ziegler angegriffen und durch einen Revolverschuß schwer verletzt hatte. Budai war damals zu sechs Monaten schweren Kerkers verurteilt und ausgewiesen worden. Er hielt sich nun seit einigen Tagen unangemeldet in Wien auf, wo er unter dem falschen Namen Karl Bender wohnte. Er hatte Drohungen geäußert, daß er die ungarische Delegation zum Völkerbund, die am Mittwoch durch Oesterreich reist, attackieren werde. Als die Aeußerungen bekannt geworden waren, suchte die Polizei nach ihm und konnte ihn festnehmen. In seinem Besitz wurde ein Revolver mit dazu gehöriger Munition gefunden und beschlagnahmt. Er gab an, daß er nach der Schweiz reisen wollte, um einem bestimmten Mitglied der ungarischen Delegation einen Denkzettel zu geben.

Eine blutige Hochzeit in Rumänien.

Die Rache der Verschmähten.

Bukarest, 1. September.

In einem Dorfe des Bezirker Czernowitz fand eine Hochzeitsfeier ein tragisches Ende. Die vielbegehrte Tochter eines reichen Großbauern, das schönste Mädchen der ganzen Gegend, heiratete trotz der Todesdrohungen verschiedener zurückgewiesener Bewerber einen jungen Burschen namens Bilinski.

Als nach der kirchlichen Trauung fast das ganze Dorf zum Hochzeitsschmaus im Hofe der Brauteltern versammelt war und die Feier ihren Höhepunkt erreicht hatte, erschienen zwei der verschmähten Bewerber am Hoftor und eröffneten ein Schnellfeuer auf die Hochzeitsgäste. Das Brautpaar, die Brauteltern und einer der Trauzeugen brachen, von mehreren Kugeln getroffen, zusammen.

Den beiden Mördern gelang es, das Dorf unangefochten zu verlassen, da niemand wagte, ihnen entgegenzutreten. Bei den Eltern der Braut und dem Brautzeugen konnte nur noch der inzwischen eingetretene Tod festgestellt werden. Das junge Ehepaar mußte, lebensgefährlich verletzt, ins Krankenhaus übergeführt werden.

Buntes Allerlei.

Vollsalz zur Kropfbekämpfung.

Im bayerischen, wie auch im württembergischen Allgäu ist schon seit geraumer Zeit der Gebrauch von Vollsatz als Heilmittel gegen Kropf sehr verbreitet. Die Bezirke des Allgäues waren von jeher das Gebiet des endemischen Kropfes. Seit über 6 Jahren wird der Bevölkerung von den bayerischen Salinen das „Vollsalz" mit 0,0004 Prozent Jod als Prophylaktikum für den Haushalt zur Verfügung gestellt. Die Saline steht dabei unter fortgesetzter Ueberwachung eines Sachverständigen an der Münchener Hochschule. Der Verbrauch ist nicht gleichmäßig; in einigen Orten steigt er bis zu 25 Prozent des Gesamtumsatzes. Seit Einführung des „Vollsalzes" fand ein bedeutender Rückgang des jugendlichen Kropfes statt, vielfach eine Besserung der Kröpfe der Erwachsenen und eine beträchtliche Abnahme der Zahl der Kropfoperationen. Die angeblichen „Vollsalzschäden" wurden ausnahmslos als durch anderweitige Ursachen bedingt aufgedeckt. Die Aerzte warnen vor dem wahllosen Verbrauch hochjodierter Präparate im Kropfgebiet, die zu kosmetischen Zwecken und zur wilden Heilbehandlung verwendet werden.

Volkszählungsmethoden gegen das Deutschtum?

In Kanada findet in diesem Jahre wieder eine amtliche Volkszählung statt. Die Bevölkerung erhielt bereits Fragebogen zugesandt, die nicht weniger als 254 Fragen enthalten. Zu diesem Fragebogen bemerkt eine Zeitung der Vereinigten Staaten spöttelnd, daß sich einer recht wohl den Doktortitel verdienen könne, wenn er imstande ist, all diese Fragen genau zu beantworten. Nach einem Instruktionsbuch, das den mit der Aufnahme der Fragebogen Beauftragten zugegangen ist, müssen alle in Elsaß-Lothringen Geborenen als Franzosen, alle Südtiroler als Italiener, alle Bukowinaer und Siebenbürger als Rumänen, Schlesier als Polen usw. eingetragen werden, gleichviel ob sie auch 30 Jahre oder mehr vor dem Weltkriege geboren wurden. Diese Anweisung, die in einem Eingesandt des Organs der deutschsprechenden Kanadier „Der Courier" (Regina, Sask.) gerügt wird, würde eine wesentliche Verschlechterung der bisher in Kanada üblichen Volkszählungsmethoden bedeuten, die vor allem auch die Muttersprache (Umgangssprache) berücksichtigten.

Die Entwicklung des Telefons.

Wenig mehr als 50 Jahre liegen die ersten Anfänge des Telefons in Deutschland zurück. Deutschland war das erste Land, das Ende des Jahres 1877 die ersten Versuche mit dem von dem Amerikaner Graham Bell konstruierten Telefon unternahm. Vor ihm im Jahre 1861 hat aber auch schon ein Deutscher, der Lehrer Philipp Reis in Driedrichsdorf bei Hamburg, einen Telefonapparat konstruiert, womit, wenngleich unvollkommen, Worte in die Ferne übermittelt werden konnten. Im Laufe dieser 50 Jahre hat das Telefon mancherlei Wandlungen durchgemacht. Zuerst baute man große Apparate, die 17 Pfund schwer waren. Der moderne Telefonapparat wiegt kaum noch den vierten Teil davon. Von den früher üblichen Wandapparaten ist man fast völlig zu den bequemeren Tischapparaten übergegangen. Die Telefonleitungen, die ein immer dichteres Netz über die Dächer der Städte spannten, werden jetzt ausnahmslos als unterirdische Kabel angelegt. Der Beruf der Telephonistin, der Tausende von Frauen ernährte, beginnt mehr und mehr auszusterben, weil alle modernen Telefonämter für automatischen Selbstanschluß der Teilnehmer eingerichtet werden und dadurch die Arbeit der Beamtinnen überflüssig machen. So langsam das Telefon sich anfänglich durchsetzte, so ungeheuer ist die Zahl der Anschlüsse in der letzten Zeit angewachsen. Berlin besaß vier Jahre nach dem ersten Telefongespräch, das im Jahre 1877 geführt worden ist, also 1881, erst 48 Anschlüsse. Heute haben wir in Deutschland nahezu 3 Millionen Telefonanschlüsse, wovon allein auf Berlin fast eine halbe Million entfallen.



6 **Nachdruck verboten.**

Innen sah es allerdings sauber aus, die Wände völlig mit Regalen bedeckt, in der Mitte stand ein großer, derber gehobelter Tisch mit nicht weniger als sechs Telephonapparaten nebeneinander. Dahinter auf einem Stuhl sitzend ein dicker Mann mit derbem, massigem Körper, kurzem Hals, stark gerötetem Gesicht, struppigen Haaren, die von Brennrot allmählich in Grau übergingen. Ein paar kleine, lebhafte Augen unter buschigen Brauen.

Der Mann machte einen ungebildeten, sehr energischen, fast brutalen Eindruck, und war augenscheinlich Herr Müller.

Dicht neben dem Fenster saß vor einer Schreibmaschine ein junges Mädchen. Zierlich, blond. Ein kluges, blasses Gesicht. Herr Müller blickte auf und sah den Eintretenden an.

„Hm?"

Sehr freundlich war das Gebrumm nicht.

„Sie entschuldigen, Senhór Almeida schickt mich."

„Sie wollen Arbeit?"

Das Telephon unterbrach, er hörte kurz und schnauzte in den Apparat hinein.

„Was? Lumpige drei Häuser? Deswegen belästigen Sie mich? Das können Sie nicht selber? Sie wollen Oberingenieur sein? Schämen Sie sich."

Müller wandte sich an den etwas verdutzt dastehenden Wolfgang.

„Also was? Maurer? Schlosser? Dachdecker?"

„Ich bin Ingenieur."

„Schon faul."

Ein geringschätziger Blick glitt an Wolfgang hinunter.

„Ingenieure habe ich, gelernte Arbeiter brauche ich. Ingenieure müssen selbständig arbeiten. Etwas können, sehr viel können sogar, und dann verpatzen sie doch alles."

Merkwürdigerweise begann der Mann Wolfgang zu gefallen.

„Ich habe gute Zeugnisse und bin zunächst mit jeder Beschäftigung einverstanden."

Ein lauernder Blick traf ihn.

„Sind Sie auch als Arbeiter mit zehn Milreis pro Tag einverstanden?" fragte Enrico Müller.

„Wenn Sie mich dabei beobachten und prüfen, was ich leiste, ja", erwiderte Wolfgang.

„Geben Sie die Lappen her."

Das junge Mädchen sprang ärgerlich auf.

„Zum Tollwerden ist es."

„Was denn schon wieder, ist der Brief noch nicht fertig?"

„Die Maschine ist kaputt."

„Natürlich! Gestern erst repariert. Hab ich dir nicht immer gesagt, du mußt drei Maschinen hier haben? Jetzt sitzen wir wieder fest."

„Ich schicke sofort in das große Kontor und lasse eine andere holen."

Sie huschte hinaus.

„Darf ich mir die Maschine einmal ansehen?"

„Verstehen Sie davon was?"

„Natürlich."

Schröder griff in die Tasche und holte eine Art von riesenhaftem Taschenmesser hervor, in Wirklichkeit ein Instrument, an dem Schraubenzieher, Zangen, Feilen und alle möglichen Kleinwerkzeuge vereinigt waren.

„Mit dem Ding wollen Sie?"

„Ja."

„Zeigen Sie her, Kinderspielzeug, kenn ich."

„Durchaus kein Spielzeug, bester Werkzeugstahl."

Er nahm es, setzte sich an die Maschine und begann zu arbeiten.

„In Deutschland gekauft?"

„Selbst ausgedacht und von mir angefertigt, während ich das praktische Jahr in der Werkzeugfabrik arbeitete."

„Wirklich brauchbar?"

„Sie werden ja sehen."

„Patentiert?"

„Nein."

„Schon dumm, geht vielleicht noch zu machen, wenn wirklich gut."

Unwillkürlich fing Wolfgang an, in Galgenhumorstimmung genau in demselben Ton zu antworten, in dem Müller sprach.

Ein Telephon schrillte.

„Fertig? Bravo! Wieviel Arbeiter frei? Dreihundert? Gut! Die Fleißigen kriegen fünfzig Milreis extra, die ganze Kolonne sofort Rua Sanbento, in einer Stunde bei den Kanalarbeiten anfangen."

Das zweite Telephon schrillte.

„Wie? Zentralheizung in dreißig Häusern? Soll vielleicht noch früher fertig werden? Sonnabend mittag ein Uhr. Enrico Müller hat noch niemals Konventionalstrafe gezahlt."

Er griff zu einem anderen Apparat und drehte die selbsttätige Scheibe.

„Wille und Kompagnie? Sofort Kabeltelegramm. Dreitausend selbsttätige Telephonapparate Siemens-Patent — — Donnerwetter, einen Augenblick. —"

Wolfgang sah nicht von der Arbeit auf und rief hinüber:

„Patent Langer, Dr. 20 648."

„Stimmt."

Er wiederholte die Zahl und hängte den Hörer an.

„Woher wissen Sie denn das?"

„Ich habe einige Zeit als Monteur in Berlin Fernsprechämter eingerichtet. Sie haben ja das Zeugnis."

Das junge Mädchen kam herein, und hinter ihr brachte ein Arbeiter eine andere Schreibmaschine.

Wolfgang klappte sein Messer zusammen.

„Nicht mehr nötig, der kleine Schaden ist schon behoben."

Er stand auf, und Herrn Müllers Tochter, denn das war die Sekretärin, begann zu schreiben, während der Vater herüberknurrte:

„Gehts?"

„Tadellos."

Er zog die Brieftasche. — —

„Kostet?"

„Gar nichts, war nur eine Gefälligkeit."

Zum erstenmale lachte der Dicke.

„Wer Gefälligkeiten erweist, paßt schon nicht hierher."

Er stellte sich breitbeinig vor Wolfgang.

„Also, was soll ich mit Ihnen machen?"

„Mir Arbeit geben."

„Als was?"

„Das müssen Sie besser wissen als ich."

„Können Sie Pläne zeichnen?"

„Natürlich."

„Setzen Sie sich mal dahin, zeichnen Sie sauber den Plan ab, so daß er vervielfältigt werden kann, aber sehr genau, die Anlage soll in dreihundert Wohnungen ausgeführt werden."

Wolfgang setzte sich an den Zeichentisch und studierte die Pläne. Er hatte Achtung bekommen vor diesem Herrn Müller, der von diesem kleinen Bretterverschlag aus Hunderte von Arbeitern kommandierte, und fühlte, daß auch dieser Auftrag nur ein Examen war.

„Ich könnte Sie in den Zeichensaal hinüberschicken, aber ich will selbst sehen, ob Sie was können. Warum fangen Sie nicht an?"

„Weil ich mich erst überzeugen will, ob der Entwurf vollkommen in Ordnung ist."

Müller brummte unverständlich, begann seiner Tochter Telegramme in die Maschine zu diktieren, telephonierte dazwischen mit allen möglichen Menschen auf den sechs Apparaten, Boten kamen und gingen, erhielten kurze Befehle. Schecks über hohe Summen wurden ausgeschrieben, Wolfgang fühlte, daß dieser Bretterverschlag in Wirklichkeit der Mittelpunkt eines großen Unternehmens war, dessen Büroräume sich in den Hinterräumen befanden, während der Chef von hier aus den ganzen Betrieb überwachte.

Eine Stunde verging, und Wolfgang legte die Feder hin.

„Schon fertig?"

„Nein, aber ich möchte das nicht zeichnen, hier ist ein Fehler."

Müller brauste auf.

„Was erlauben Sie sich, junger Mann, den Plan hat der Oberingenieur selbst gezeichnet."

„Sehen Sie selbst: Der Bogen hier ist überflüssig, wenn hier ein T-Stück eingeführt wird, spart man einen Meter Rohr; da Sie die Sache dreihundertmal ausführen wollen, sind das dreihundert Meter."

Müller warf einen Blick auf die Zeichnung und rief hinaus:

„Senhór Goncales soll sofort kommen."

Ein älterer Spanier kam eilig aus dem Hintergebäude.

„Herr, in Ihrer Zeichnung ist ein Fehler —"

„Ausgeschlossen."

„Da kann ein ganzer Meter Rohr gespart werden."

„Möchte wissen, wie?"

Die Unterhaltung wurde in spanischer Sprache geführt, die Wolfgang beherrschte.

(Forts. folgt.)

Für die uns zur Silbernen Hochzeit erwiesene Aufmerksamkeit sagen wir allen auf diesem Wege herzlichen Dank.

Karl Kämmereit und Frau.

Oeffentliche Versteigerung!

Am Freitag den 4. September 1931, vorm. ab 9 Uhr sollen auf dem von uns übernommenen Betriebsgrundstück der Firma C. Koch, Berleburg,

ca. 120 cbm Bretter aller Sorten, 100 Milchzentrifugen für Kleinbauern und Ziegenhalter

öffentlich versteigert werden. Die Versteigerungsbedingungen werden an Ort und Stelle bekannt gegeben.

Kreissparkasse zu Berleburg.

Beschluß.

In dem Vergleichsverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Reinhold Müller in Feudingen, wird der Vergleichsvorschlag vom 22. 7. cr. bestätigt und das Verfahren aufgehoben.

Laasphe, den 25. August 1931.

Amtsgericht.

Omnibus-Ausflugsfahrten

Donnerstag den **3.** September 31.

Rundfahrt über Berleburg, Arfeld, Hatzfeld, Ludwigshütte. Fahrpreis pro Person RM. 3.—

Freitag den **4.** September 31.

Nach Marburg. Fahrpreis pro Person RM. 3.—

Abfahrt sämtlicher Fahrten **14.00 Uhr,** Rückkehr ca. **19.00 Uhr.** Vorherige Anmeldung erforderlich.

Marburger & Messerschmidt, Laasphe

Omnibusverkehr Fernruf 100

Reichsbund

d. Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen

Am Sonntag den 6. 9. 31, nachm. 4 Uhr findet im Saale des Park-Hotel (früher Bald) Berleburg eine

öffentliche Kundgebung

der Kriegsopfer des Kreises Wittgenstein statt. Jedermann wird hierzu herzlichst eingeladen, insbesondere alle im Reichsbund noch nicht organisierten Kriegsopfer.

Ortsgruppe Berleburg.



Turnverein Laasphe

Morgen Donnerstag den 3. September, abends 8 Uhr findet im Vorraum der Turnhalle eine

Spielersitzung

statt. Das Erscheinen sämtlicher Spieler, auch der 2. Mannschaft, ist dringend erforderlich. **Der Spielwart.**

Tüchtiges Mädchen

gesetzten Alters, in allen Hausarbeiten erfahren, sucht auf sofort in Laasphe oder Umgegend Stellung. Näheres in der Geschäftsstelle der Wittg. Ztg.

Einmachgurken, heute die letzten.

Seibel, Laasphe, Bahnhofstraße 71.